

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Unbehagen in unserer Demokratie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1966) : Unbehagen in unserer Demokratie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 6, pp. 297-299

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133601>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unbehagen in unserer Demokratie

„Wir wissen, daß dieses Volk weit mehr anfällig ist für die Pest des Nazismus als für die Unterwanderung durch Freunde Ulbrichts. Und wir verlangen mit vollem Nachdruck und aller Verantwortung, die wir für diesen Staat und dieses Volk fühlen, daß unser Parlament, unsere Regierung und unsere Justiz rücksichtslos unsere Freiheit und Demokratie gegen jede Bedrohung — auch gegen die von rechts — wirksam schützt.“

Ludwig Rosenberg
auf dem DGB-Kongreß 1966

Wenn in diesem Jahre die Notstandsgesetzgebung wiederum das Mißtrauen der Mehrheit der Delegierten auf dem DGB-Kongreß in Berlin auf sich zog, so ist dies kennzeichnend für den anti-militaristischen, pazifistischen Drall, der in unserer Bundesrepublik bei keiner der organisierten Gruppen stärker als bei den Gewerkschaften entwickelt ist. Auch sind die emotionalen Nachwirkungen des Schocks, den die Erfahrungen mit der Hitlerdiktatur hinterlassen haben, heute noch bei kaum jemandem so groß wie bei vielen Gewerkschaftsführern. Das mag die Gewerkschaften in mancher Hinsicht ehren. Ob es allerdings der Rationalität ihres Wollens und Handelns zugute kommt, ist eine andere Frage; denn, wo Emotionalitäten allzu lebendig sind, liegt der aus Angst und Wunschdenken geborene gedankliche Kurzschluß allzu nahe.

Die Realitäten des Atomzeitalters richtig einzuschätzen und in ihren Kategorien denken zu lernen, ist ein schwieriges Unterfangen. Diese neue Wirklichkeit ist aber sicherlich nicht so einfach, daß in ihr nur noch die Alternative „Frieden oder Atomkrieg“, die offensichtlich vielen Pazifisten unter den Gewerkschaftern vorschwebt, Platz hat. Diese Leute sind überzeugt, mit einem neuen Krieg, der nur ein Atomkrieg sein könne, sei das „Ende mit Schrecken“ gekommen. Es durch Notstandsgesetze vorbereitend ordnen zu wollen, sei völlig sinnlos. Mit solchen Gesetzen könne daher nur etwas ganz anderes bezweckt werden.

In Wirklichkeit sind auch in Europa mancherlei Situationen — vom äußerst zugespitzten kalten Krieg bis zum heißen Krieg mit konventionellen Waffen — denkbar; Situationen, die nicht ohne besondere Vollmachten der Exekutive gemeistert werden könnten. Solche Möglichkeiten sind sogar wahrscheinlicher als jene allzu simple Alternative. Vor ihnen die Augen verschließen, hieße, aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen. Man sollte vielmehr alles tun, um sich sorgfältig auf alle Eventualitäten vorzubereiten, damit wir gegebenenfalls als Volk nicht nur physisch zu überleben, sondern auch ein Maximum politischer Freiheiten hinüberzuretten vermögen. Im übrigen ist ein Volk, das — Gott sei Dank — selbst keine Weltmachtpolitik mehr betreiben kann, gegen einen Krieg um so mehr gesichert, je unmißverständlicher sein Verteidigungswille ist.

Auch sollte man nicht vergessen: nicht nur Notstandsgesetze, alle grundlegenden Gesetze und Institutionen können mißbraucht werden. Ob dies geschieht, hängt vom Geist der Menschen ab, welche die Gesetze handhaben, und von den

Verhältnissen, die Geist und Gesinnung der Menschen prägen. Für den „inneren Notstand“ gilt dies mindestens im gleichen Umfang wie für den „äußeren“. Auch die Weimarer Republik ist nicht an den Notverordnungen zugrunde gegangen, sondern an der Unfähigkeit ihrer Politiker und Ökonomen, mit den öffentlichen Aufgaben ihrer Jahre fertig zu werden. Und hier bei der Unfähigkeit gewisser Führungsgruppen setzt wieder — teils lähmend, teils in falsche Richtung aktivierend — das Mißtrauen vieler Gewerkschafter ein, denen unsere politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse verdächtig sind. Dafür legte das Referat des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg erneut Zeugnis ab. In seinen Ausführungen wurde jenes „Unbehagen“ der Gewerkschaften in unserer Demokratie wieder deutlich, das wir in unserer Zeitschrift schon vor 10 Jahren analysiert haben. Damals schrieben wir u. a.: „Viele Gewerkschafter können keine positive Einstellung zu unserer demokratischen Wirklichkeit gewinnen, die in ihren Augen nur eine formal-liberale, bürgerliche Demokratie ist, Ausgangspunkt und Grundlage eines allumfassenden kapitalistischen Restaurationsprozesses und daher nach ihrer Meinung den Massen das Eigentliche schuldig bleibt: Sicherheit, gerechte Einkommensverteilung und freiheitliche Mitbestimmung bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse.“ — Rosenberg ging sogar noch weiter, wenn er apodiktisch die demokratische Eignung unseres Volkes schlechthin in Frage stellte: „Es gibt keinen demokratischen Rechtsstaat, wenn die Mehrzahl der Bürger dieses Staates keine wirklichen Demokraten sind und sich ihrer Verpflichtung in einer Demokratie nicht gewachsen zeigen.“ Er unterschied dabei offensichtlich zwischen dem deutschen Volk und der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft. Letztere erschien als das Bollwerk der Demokratie; wie überhaupt die gewerkschaftliche Apologetik seiner Rede unmißverständlich war und in merkwürdigem Gegensatz zu seiner eigenen Forderung stand: „Wir wollen kritisch und nüchtern, wie es der Ernst dieser Frage erfordert, uns prüfen . . .“ Der Wunsch, die gewerkschaftlichen „Leistungen aber ebensowenig unter den Scheffel zu stellen“, ließ die Selbstprüfung jedoch schnell in Vergessenheit geraten.

Nun kann man sicherlich den westdeutschen Gewerkschaften bescheinigen, daß sie in den letzten 20 Jahren beim Gebrauch ihres Streikrechts mehr common sense als ihre Schwesterorganisationen in den klassischen Demokratien des Westens gezeigt haben; auch muß man ihnen zugestehen, daß sie in der Lohnpolitik nicht gut gegen den Strom schwimmen konnten, wenn unter der Laisser-faire-Politik einer wenig entscheidungsfreudigen Regierung die Gruppeninitiative im Kampf um Einkommen und Macht Trumpf war. Doch ging Rosenberg in seiner Rede entschieden zu weit, wenn er behauptete „daß die Gewerkschaften die so oft zitierte Marktsituation nicht nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage rücksichtslos nutzten, wie es sonst in der Wirtschaft keineswegs als unmoralisch angesehen zu werden pflegt“, und wenn er hinzufügte, „sie (die Gewerkschaften) sind sogar mit ihren Lohn- und Gehaltsforderungen hinter den Gegebenheiten dieser Marktsituation so weit zurückgeblieben, daß die Effektivlöhne und Gehälter, die von den Unternehmern freiwillig gezahlt werden, oft genug weit über den von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifabkommen liegen.“ Rosenberg schien dabei zumindest übersehen zu haben, daß es ja auch die von den Gewerkschaften forcierte Arbeitszeitverkürzung gewesen ist, welche die Effektivlöhne über die Tariflöhne hinaus gesteigert hat; das heißt, daß man auch durch die Verringerung eines Angebots eine Marktsituation nicht nur nutzen, sondern sogar schaffen kann.

Sicherlich gibt es genügend Grund, sich um unsere Demokratie Sorgen zu machen. Sie ist unter den Wärmestrahlen der Ost-West-Spannung und in der Treibhausluft einer vollbeschäftigten Wirtschaft in allzu jungen Jahren fettleibig und asthmatisch geworden. Wie sie härtere Witterungsbedingungen überstehen wird, mag daher fragwürdig erscheinen. Die Diagnose des DGB-Vorsitzenden wurde jedoch unserer Situation kaum gerecht. Dafür enthielt seine Rede zu viele der gleichen Schwächen und Mängel, durch die auch die von ihm kritisierten Zustände, Einstellungen und Verhaltensweisen gekennzeichnet sind. Wie sollte dem auch anders sein. Die Gewerkschaften sind genauso Kinder unserer „pluralistischen Konsumdemokratie“ wie alle anderen Gruppen und Organisationen. Auch an ihnen ist der Geist anspruchsvoller Selbstgefälligkeit nach dem Muster „Wir sind auch wer!“ und „Jedermann weiß, wer wir sind!“ nicht spurlos vorübergegangen. Auch

ihnen geht es daher in erster Linie darum, ihre Machtposition zu erhalten und auszuweiten und dabei zu demonstrieren, wie vorteilhaft das Stück Kuchen an Löhnen und Freizeit ausgefallen ist, das sie für die Arbeitnehmerschaft herauszuschneiden vermochten.

Dies ist durchaus legitim, solange man sich mit einer reinen Interessenvertretung begnügt. Sobald man sich aber zum Sachwalter des Gemeinwohls macht, sobald man auf dem Gebiete der allgemeinen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik mitsprechen will, weil die dafür zuständigen politischen Instanzen offenbar versagen, überzeugt man nur, wenn man der Kritik an anderen die Selbstkritik hinzufügt, wenn man nicht nur von anderen Opfer und Einsicht verlangt, sondern sich dazu auch selbst bereit findet und dafür konstruktive und praktikable Vorschläge macht. Inhaltsleeres Pathos wie: „Nichts ist ein Wert an sich — es sei denn der Mensch!“ genügt ebensowenig wie allgemeine unartikulierte Verdächtigungen, die eine „Gefahr von rechts“ unkonkretisiert lassen und sich damit unter Umständen in den Verdacht bringen, vom eigentlichen Dilemma unserer Demokratie abzulenken.

Dieses Dilemma liegt in den sich massierenden Zielkonflikten, unter denen unsere Demokratie in wachsendem Umfange leidet. Auch von dieser Krankheit sind die Gewerkschaften nicht verschont geblieben. Nimmt man das Bukett von Forderungen (z. B. für die Bildungs-, Sozial-, Vermögens-, Einkommens-, Arbeitszeitpolitik und Entwicklungshilfe), das auf dem DGB-Kongreß dieses Jahres gebunden wurde, so wurden uns jene Konflikte wieder einmal plastisch vorexerziert. Von der einzig möglichen Therapie und der Schwierigkeit ihrer Realisierung, nämlich Prioritäten innerhalb der Zielskalen zu setzen, war so gut wie überhaupt nicht die Rede. Hätte der DGB 1965 nicht auf dem internationalen Forum des „Europäischen Gesprächs“ in Recklinghausen das Thema der öffentlichen und privaten Bedarfsbildung so ausgiebig diskutieren lassen (vgl. WIRTSCHAFTSDIENST, August 1965, S. 417 ff.), möchte man fast meinen, die Aktualität dieses Dilemmas wäre ihm bis zum heutigen Tage unbekannt geblieben.

Sicherlich sollte man die Gefahr, die unserer Demokratie eines Tages von rechts drohen könnte, nicht unterschätzen. Doch scheint es uns offen, ob die Gewerkschaften sie an der richtigen Stelle suchen und ob sie erkennen, daß eine solche Gefahr erst dann wirklich akut wird, wenn sich unsere „pluralistische Demokratie“ außerstande zeigt, ihre öffentlichen Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehört auch, daß wir uns im Rahmen der Weltpolitik bereit und in der Lage zeigen, unsere Freiheit zu verteidigen und daß wir unseren an sich schon knapp bemessenen Handlungsspielraum in der Außenpolitik nicht unnötig durch Illusionen und Lebenslügen, insbesondere in der Wiedervereinigungsfrage, selbst einschränken.

Heinz-Dietrich Ortlieb

„Um es in aller Kürze zu sagen: Atomwaffen sind als Abschreckmittel gegen Atomangriffe notwendig, als Abschreckmittel gegen örtliche, getarnte Aggressionen aber sind sie wirkungslos ... Die praktischen Schlußfolgerungen sind beunruhigend einfach. Die herkömmlichste aller Waffen und zugleich diejenige, die keine Nation entbehren kann, ist ein Volk, das entschlossen ist, zur Verteidigung seiner Freiheit ‚an den Küsten zu kämpfen, in den Straßen zu kämpfen‘. Zwar wird es, wie mutig es auch sein mag, nie einem Gegner widerstehen können, der die Methoden des totalen Krieges anwendet. Aber wenn es stark und mutig genug ist, wird es überleben, und zwar wegen der Abneigung des Angreifers, offen den totalen Krieg zu entfesseln. Das oft gehörte Argument: ‚Wozu soll es gut sein, ein paar Divisionen mehr zu bewaffnen, wenn wir wissen, daß im Ernstfall Europa doch nicht verteidigt werden kann?‘ ist ebenso feige wie falsch ... Wenn die Tschechoslowakei und Polen in der Periode kurz nach dem Krieg mit einer Anzahl Divisionen und dem ungebrochenen Geiste des Finnland von 1939 ausgerüstet gewesen wären, hätten die Russen weder die polnische Regierung absetzen noch ihren Staatsstreich in Prag ausführen können. Sie wären gezwungen gewesen, ihre Karten aufzudecken und offen Krieg zu führen — und die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie es nicht gewagt hätten, dieses Risiko einzugehen. Es ist tatsächlich beunruhigend einfach: freie Menschen müssen bereit sein, ihre Freiheit zu verteidigen, oder sie werden verlieren.“

Aus: Arthur Koestler, Diesseits von Gut und Böse, Bern und München 1965, S. 295 f.